

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1931**

46 (24.2.1931)



# Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getippten Millimeterzeile kostet 12 Dinare, Gegenüber-  
setzung und Stempelgebühren 3 Dinare. Die Resten-Millimeter-  
zeile 80 Dinare o. Bei Mehrzeilen Rabatt nach Text, bei Nichtzahlung des  
Zeitungsgeldes, bei geschäftlicher Betreibung und bei Resten nach Text mit o. Erläuterung  
und Veranschaulichung 10 Dinare L. D. o. Schluss der Anzeigen-Bezahlung 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern  
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk  
Die Aufbekernde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ohne Zustellung 2,20 Mark o. Durch die Post  
2,60 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Ersicht 6mal wöchentlich  
ermittelt 11 Uhr o. Postfach 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsru-  
her Str. 2, Wollstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Telegrafisch: 7020, 7021, Haupt-  
str. 9, 10-Baden, Telegraphische 12, Kallhof, Kallhofstr. 7, Offenburg, Republikstr. 4

Nummer 46

Karlsruhe, Dienstag, den 24. Februar 1931

51. Jahrgang

## Hitler kommandiert Polizei

### Wie lange wird Franzens Regime in Braunschweig noch gestiftet?

Ein unmöglicher Vorgang

Ein ungeheurer Vorfall, der die bekannte Affäre Franzens auf der Berliner Polizeiwache noch in den Schatten stellt, hat sich am Sonntag in Braunschweig anlässlich der Nazi-Tagung abgespielt. Ein Oberwachmeister der Braunschweiger Schutzpolizei wurde auf der Straße von zwei verletzten Männern angegriffen, die Namen von SA-Führern leitend, die die beiden am Boden liegenden ohne Grund überfallen und blutig geschlagen hätten.

Der Polizeibeamte kam, wie es seine Pflicht war, dieser Aufforderung nach und begab sich vor das Böhlenhotel, das Hauptquartier der Nazi, wo auch Hitler abgeteilt war. Hier wurde er von einem SA-Führer mit den Worten angehalten: „Die Polizei hat hier nichts zu sagen.“ Die SA greift dann an und schlägt erneut auf das umstehende Publikum los.

Der Wachmeister schützte die beiden Verletzten, die sich unter seinen Schutz gestellt hatten und zog dabei auch seinen Säbel, wurde aber gewaltig daran gehindert, seine Waffe zu gebrauchen. Jetzt erschien Hitler selbst in der Hotelkür und er rief zu seinen SA-Leuten: „Stellen Sie den Namen des Polizeibeamten fest; alles weitere wird sich finden.“

Der Polizeibeamte ging dann zur Schutzpolizei. Raum war er dort, erlitten der Polizeiminister Franzens persönlich und unterwarf dem Polizeiwachmeister die weitere Ausübung des Dienstes. Außerdem ordnete Franzens in seiner Eigenschaft als Polizeiminister an, daß der betreffende Beamte die Kasernen nicht verlassen dürfe. Diese Anordnung blieb bis Montag in Kraft.

Der Polizeiminister Franzens hatte also einen Polizeibeamten, der nur gemäß seiner Dienstvorschriften handelte, die weitere Dienstausübung untersagt und hat dabei die Angehörigen der SA, gegen die der Polizeibeamte einschreiten mußte, gebildet und die schuldigen SA-Leute der Bestrafung entzogen.

Ein derartiges Verhalten dürfte in Deutschland wohl einzig dastehen.

Was sagt der Reichsinnenminister dazu?

Braunschweig, 21. Febr. (Zunächst) Unter riesiger Beteiligung der verlässigen Bevölkerung nahm Sonntagabend den Braunschweiger Reichsbanner ab. Anstehend über der Bundesführung in einer Kienfunktgebäude, die weite Ueberfüllung politisch abgelehnt war. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Die Liste der von den SA-Führern in Braunschweig am Sonntagabend begangenen Verbrechen war am Montagabend in der Zeitung zu übersehen. Ein 72jähriger Arbeitsunfähiger wurde von den Nazis mit brennenden Fackeln niedergeschlagen und schwer misshandelt. Seine Verletzungen sind lebensgefährlich. Genau so war

es bei einem Zimmeressen, der beim Umzug einen Sturm machte. Ihm wurde von einem SA-Führer Salzsäure ins Gesicht geschüttet. Wahrscheinlich wird der Schwerverletzte erblinden. Dem feigen Missetäter wurde zum Schutz seiner Wohnung von Franzens eine Polizeiwache gestellt. In der Arbeiterstraße Nr. 10 kam es zu einem regelrechten Geleitz zwischen prozessierenden SA-Leuten und Anwohnern. Die Nazis schloßen sich, wurden aber zurückgeschlagen und schafften drei Schwerverletzte fort.

## Naziüberfall auf Stuttgarter Reichsbanner

Brutaler Terrorakt

Stuttgart, 23. Febr. (Eig. Meldung.) Der gestern berichtete Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten, der in der Nacht zum Sonntag in Stuttgart in der Hauptstätterstraße stattfand, hat sich als ganz planmäßig und vorbereiteter Ueberfall herausgestellt, den die SA-Führer von ihrem in dieser Straße belegenen Versteck aus auf eine Truppe Reichsbannerleute unternommen haben, die von einer Veranstaltung des republikanischen Studentenbundes kamen und in aller Ruhe nach Hause gingen. Die Schwäbische Tagwacht gibt von dem Vorgehen folgenden Bericht:

Die Reichsbannerabteilung, etwa 50 Mann, die zum Schutz der erwähnten Versammlung ausgehoben war, blieb vollkommen unbehelligt, solange sie geschloßen beisammen war. Nachdem sich die Abteilung auflöste und die Kameraden in einzelnen kleinen Truppen ihren Wohnungen zustrebten, wurde ein kleiner Trupp bei der Tankstelle in der Hauptstätterstraße plötzlich von einer großen Uebermacht Braunbären, die aus ihrem Lokal „Sauptstätterhof“ herausströmten, überfallen und mit Werdwaffen aller Art mißhandelt. Ein Reichsbannermann wurde durch Stiche so schwer verletzt, daß er auf dem Platze blieb.

Die durch die Silberkugeln aus einem nahegelegenen Lokal herbeigerufenen Kameraden wurden von den von drei Seiten anrückenden Nazis einzeln überfallen und zu Boden geschlagen. Ein am Boden Liegender wurde von den Nazis in den Rücken und in den Hinterkopf geschossen, trotzdem er zur Gegenwehr unfähig war. Inzwischen wurde von Reichsbannerseite wie auch einigen privaten Stellen das Ueberfallkommando alarmiert, das mit reichlicher Verstärkung eintraf. Sofort wurde dann das Versteck der Nazis abgeriegelt, eine Durchsuchung nach Waffen vorgenommen, die ein überraschendes Ergebnis zeitigte.

Eine Unmenge von Hieb- und Stichwaffen wurden den Nazis abgenommen. Insbesondere waren es zahlreiche Kabelaenden und Farrenschwänze, die man sich zur Bearbeitung des Gegners zurechtgelegt hatte.

Die Sozialdemokratische Fraktion des Württembergischen Landtags hat diesen Vorgang zum Gegenstand einer großen Anfrage an den Staatspräsidenten und Innenminister Wols gemacht, in der ge fragt wird, „ob er willens und in der Lage ist, dem gefährlichen Treiben der Nationalsozialisten alsbald Einhalt zu gebieten, oder ob nach Lage der Verhältnisse Abhilfe nur durch eine nachdrückliche Selbsthilfe geschaffen werden kann.“

## Scharfmacherhoffnungen auf Arbeitslose

Duisburg-Weiderich soll Exempel für weitere Lohnkürzungen sein

Das Unternehmertum geht immer kühner gegen die Tariffrent der Gewerkschaften vor. Auf seinen Tagungen und in seiner Presse wird für eine „elastischere“ Gestaltung des Tarifsystems“ scharf Stimmung gemacht und die „Ueberwindung der Lohnstarre“ als Gebot der Stunde hingestellt. Den Gewerkschaften wird unfruchtbarer Prinzipienreiterei vorgeworfen.

Also die Gewerkschaften sind an unserm ganzen Glend schuld. Würden sie nicht stur und starr an dem Tariflohn festhalten, an der Aufrechterhaltung der Tarifverträge, dann würde sich alles, alles wenden. Gegen diese bössartige Behauptung kann nicht rechtzeitig und nicht energisch genug Front gemacht werden; denn der deutsche Spießer — seine Maselndummheit ist, wie die Hitlerei zeigt, eine Macht — schimpft und tobt ja bereits seit langer Zeit in allen politischen Versammlungen und Unterhaltungen gegen die Gewerkschaftsböngzen, die mit ihrem blöden Achtundtags, mit der Sozialversicherung und mit den hohen Tariflöhnen dem Arbeitgeber es unmöglich machen, sich mit seinem Personal zu verständigen und mehr Leute einzustellen.

Deutschland soll von der Lohnstarre befreit werden? Wenn wir uns recht erinnern, wird schon seit Monaten unaufhörlich der Lohn abgebaut. Der bisherige Abbau ist den Unternehmern nicht genug. Der Appetit wächst beim Essen. Nach 6 Prozent Abbau verlangen sie jetzt 20 Prozent, weil sie sich in den Kopf geholt haben, die Wirtschaft einzuzugeln und allein auf dem Weg des Lohnabbaus zu lösen, was natürlich — keine fixe Idee ist. Die Unternehmer rufen nach Aufhebung der Tarifverträge. Sie waren es aber, die selbst die Arbeitsgerichte scharf gemacht haben, um jeden Eingriff in einen Tarifvertrag unmöglich zu machen. Sie selbst haben vor Jahresfrist noch möglich großen Lauffrühen beim Abschluß der Tarife gerufen, weil nur so auf weite Sicht hin kalkuliert werden könne. Jetzt soll das alles wieder plötzlich nicht gelten, weil es einen radikalen, plötzlichen Lohnabbau erschwert. Duisburg-Weiderich soll Exempel für die Lohnabbau-offensive sein.

Der Kampf um die Hütte Ruhrort-Weiderich, der seit Wochen zwischen den Vereinigten Stahlwerken und den Gewerkschaften geführt wurde, ist so gut wie entschieden. Die Aktion des Duisburger Oberbürgermeisters Dr. Jarres zur Fortführung des Betriebs bei einer Lohnkürzung von 20 Prozent war ergebnislos.

Arbeit Nord-West und die Vereinigten Stahlwerke haben sich trotz des Ergebnisses der von Dr. Jarres durchgeführten Umfrage an die Gesamtbelegschaft der Hütte Ruhrort-Weiderich nicht entschließen können, den Betrieb fortzuführen. Sie haben eingesehen, daß ihnen zunächst ein Rechtsstreit wegen Tarifbruch mit den Gewerkschaften blüht und daß ihnen in diesem Rechtsstreit eine Niederlage sicher wäre. Ferner war sich die Werksleitung der Hütte darüber im Klaren, daß die Arbeitswilligen, die sich auf die Umfrage von Dr. Jarres hin gemeldet haben, noch lange keine wirklich brauchbare Belegschaft darstellen; denn sie rekrutieren sich in erster Linie aus den Arbeitslosen, zum Teil aus Leuten, die schon lange Zeit nicht mehr im Betrieb sind, aus Hilfskräften und sogar aus werksfremden Elementen. Die Fortführung des Betriebs mit einer solch bunt zusammengewürfelten Belegschaft hätte große Schwierigkeiten mit sich gebracht. Es hätte geraume Zeit gedauert, bis die Schwierigkeiten behoben gewesen wären, vielleicht so lange, bis schließlich die Stilllegung doch gekommen wäre.

Unter diesen Umständen haben sich die Vereinigten Stahlwerke entschlossen, den Kampf um die Fortführung des Werks lieber aufzugeben. Das fiel ihnen umso leichter, als es ihnen ja von Anfang weniger darum zu tun war, die Stilllegung wirklich zu vermeiden. Sinn und Zweck ihrer ganzen Aktion war die Eröffnung des Angriffs auf die Tariffrent der Gewerkschaften, die Festlegung der neuen Lohnabbauparole von 20 Prozent. Der Deutsche Metallarbeiterverband sollte in diesem Kampf aus dem Sattel gehoben werden. Der gesamten Öffentlichkeit wollte die Schwerindustrie zeigen, daß die Arbeiterschaft auf gewerkschaftliche Grundzüge nichts gibt und um jeden Preis Arbeit anzunehmen bereit ist.

Dieser Angriff der Schwerindustrie gegen die Gewerkschaften ist — das kann man jetzt feststellen — nicht gegliedert. Eine Belegschaft der Hütte hat sich bis zum Schluß geweigert, eine 20prozentige Lohnkürzung kampflos im Kauf zu nehmen. All das Gerede der Unternehmerpresse über Beeinflussung der Belegschaft durch die Gewerkschaften ist lächerlich; denn diese Beeinflussung war das gute Recht der Gewerkschaften und schließlich hat es ja auch die Werksleitung nicht an Beeinflussung und Druck bei den Abstimmungen fehlen lassen.

Wenn sich die Mehrzahl der Arbeitswilligen um jeden Preis aus der Zahl der Arbeitslosen der Gesamtbelegschaft rekrutiert, so kann das niemand wunder nehmen. Damit haben sich schließlich auch von allem Anfang an die Vereinigten Stahlwerke gerechnet; denn der große Plan des Unternehmertums ist: mit Hilfe der Reservenarmee der Arbeitslosen die Gewerkschaften im Rück-

## Kellnerrat gegen neue Nazidiätenmanöver

Der Kellnerrat des Reichstags hielt vor der Plenarversammlung eine Sitzung ab, an welcher auch der Vorsitzende der deutschen nationalen Fraktion, Dr. Oberfohren teilnahm.

Der Kellnerrat beschäftigte sich mit dem Ersuchen des Abg. Stöhr, die Diätenfrage der NSDAP im Plenum der Reichstagsversammlung zu verhandeln und dabei die 107 nationalsozialistischen Stimmen ihrer Abwesenheit als für die Diätenanträge abzugeben anzusehen und mitzuzählen. Der Kellnerrat schloß sich der Meinung des Reichstagspräsidenten an, daß die Mitzählung abwesender Stimmen nicht möglich sei und daß die Antragsteller dafür sorgen müßten, daß ihre Anträge auf die Tagesordnung gesetzt würden.

Es wurde darauf hingewiesen, daß die jegliche Regelung der Diäten im Plenum des Reichstags ohne den Widerspruch der Nationalsozialisten nicht beschloßen sei. Es wurde weiter zum Ausdruck gebracht, daß die Nationalsozialisten, als sie ihren Austritt aus den Verhandlungen erklärten, versichert hatten, daß sie ein Gesetz, das dieser Reichstag annehme, für rechtsverbindlich halten würden, und es wurde eigentümlich angelehnt, daß die Nationalsozialisten das Verlangen nahmen, daß der Reichstag von ihnen beantragte Gesetze annehmen solle, die sie selber nicht als rechtsverbindlich betrachten.

## Reichsregierung verlangt Agrarermächtigung

Berlin, 23. Febr. Wie wir erfahren, hat sich das Reichskabinett in seiner heutigen Abend Sitzung, in der es nach der amtlichen Mitteilung die agrarpolitischen Erörterungen abschloß, dazu vereinigt, daß es vom Reichstag die Generalermächtigung verlangt, alle zur Förderung der Wirtschaft notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

## Rückkehr zur Vernunft

Sozialdemokratie wächst, Nazis nehmen ab

BRN, A. K. 23. Febr. Die gestern in Stadtverordnetenwahlen in Treuberg (Niederbayern) gehaltenen Anwesen der sozialdemokratischen und der kommunistischen und einen Rückgang der nationalsozialistischen Stimmen gegenüber den Reichstagswahlen am 14. September 1930. Bei einer Wahlbeteiligung von etwa 74 Prozent erhielten die Sozialdemokraten 568 Stimmen (Septemberwahl 503 Stimmen), die neu aufgestellte Liste Ball erhielt 179, die Nationalsozialisten 667 (1011), die Kommunisten 360 (303), die Wirtschaftspartei 189 (125), der neugebildete Bürgerblock 169, die neugebildete Sonderliste 113 und die neue Liste der Beamten und Angestellten 458 Stimmen.

## Internationale Landwirtschaftskonferenz

Paris, 23. Febr. Die Landwirtschaftskreditkonferenz der europäischen Mittelmeerstaaten des Völkerbundes ist heute vormittag im französischen Außenministerium unter Vorsitz des Außenministers Briand eröffnet worden. Briand führte u. a. aus: Die Gewähr für den Erfolg der Verhandlungen liege in der Konsolidierung des Friedens in diesen Teilen Europas, den man vor den politischen und sozialen Rückwirkungen einer Wirtschaftskrise schützen müsse. Die Regierungen müßten jetzt eine wirkliche Geste der Solidarität machen und tatsächlich eine Aktion unternehmen.

Demonstrationsverbot in Dresden und Leipzig  
Für die Zeit vom 24. Februar bis zunächst zum 3. März er. sind vom Polizeipräsidenten alle Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge in Leipzig und Dresden verboten worden.

Hauptmann von Maltitz aus Tirol ausgewiesen  
Jansbrunn, 23. Febr. Die hiesige Polizei hat gegen Hauptmann a. D. von Maltitz einen Ausweisungsbefehl erlassen.

Nazigruppe schwenkt zur KPD.  
Dresden, 23. Febr. (Eig. Bericht.) Die Ortsgruppe der Nationalsozialistischen Partei in Maltitz bei Döbnitz ist geschlossen zur KPD übergetreten.



ten zu packen. Zweifellos liegt hier für die Gewerkschaften eine große Gefahr. Der Arbeitslose, von Hunger gepeinig und seelisch zermürbt, greift zu jeder Arbeit. Ihm ist schwer klar zu machen, daß er als Lohnrücker keine Arbeitskollegen und sich selbst schädigt; denn er will, koste es, was es wolle, zunächst einmal wieder aus dem Arbeitslosenstand, und wenn auch nur vielleicht für einige Monate, heraus. Die Not des Arbeitslosen ist ohne Zweifel ein Bundesgenosse der Schatzmacher; aber es fragt sich doch sehr, ob die Rechnung des Unternehmertums, mit Hilfe der Arbeitslosen die Stellung der Gewerkschaften zu brechen, wirklich stimmt. Wenn das Unternehmertum nicht nur in einem Einzelfall, wie z. B. in Ruhrort-Meiderich, sondern auf der ganzen Linie Miene machen sollte, mit Hilfe von Abkündigungen die Arbeitslosen gegen die Arbeitenden und gegen die Gewerkschaften aufzuputtschen, dann dürfte sich doch — dessen sind wir ganz gewiß — sehr schnell zeigen, daß die Arbeitslosen und Arbeitenden in Deutschland eine gemeinsame Front bilden, wenn es gilt, einen Generalangriff des Unternehmertums auf die Stellung der Gewerkschaften abzuwehren.

### Duisburger Stadtverordnetenversammlung mißbilligt Vorgehen Dr. Jarres

WTB. Duisburg, 24. Febr. Am Schluß der gestrigen Stadtverordnetenversammlung, auf deren Tagesordnung als einziger Punkt die Stilllegung der Hütte Ruhrort-Meiderich stand, wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der dem Oberbürgermeister die Mißbilligung ausspricht, mit den Stimmen der Antragsteller, der Kommunisten und einigen Splitterstimmen angenommen.

### Das Bergwerksglück von Eschweiler

Eschweiler, 23. Febr. Der Unfallausschuß der Grubenberufskommission stellte fest, daß das Unglück auf der Grube Eschweiler in wesentlichen auf eine Kohlenstaubexplosion zurückzuführen ist. Die etwaige Mitwirkung von Schlagwettern bedarf noch weiterer Prüfung.

Die Trauerfeier findet am Dienstag vormittags statt. Den Hinterbliebenen der bei der Eschweiler Bergwerkskatastrophe tödlich verunglückten Bergleute wurden je 250 Mark als erste Hilfe aus dem Bergmannsfonds zur sofortigen Auszahlung überwiesen.

Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages hat eine große Anfrage zum Grubenunglück im hiesigen Steinoblenzener eingeleitet, in der es u. a. heißt: Das hiesige Steinoblenzener ist wiederum von einem großen Grubenunglück heimgegriffen worden. Wir fragen das Staatsministerium: 1. Ist es in der Lage mitzuteilen, ob die Explosion durch Entzündung von Schlagwettern oder durch Kohlenstaub erfolgt ist? 2. Was bedeutet das Staatsministerium zu tun, um solche Katastrophen in Zukunft unmöglich zu machen? 3. Ist das Staatsministerium bereit, eine Hilfsaktion für die von dem Unglück Betroffenen in die Wege zu setzen.

### Zurücknahme der Beschuldigungen über Sattel-Bestellungen der Reichswehr

Berlin, 23. Febr. Im Prozeß gegen den Kaufmann Beder und den Chefredakteur Zuder vom Aftuhrenblatt wegen der Beschuldigungen gegen die Beamten des Reichswehrministeriums gab der Angeklagte Beder die Erklärung ab, daß er seine Vorwürfe gegen Beamte und Offiziere der Heeresverwaltung nicht aufrechterhalten könne und sie demnach zurücknehme. Der Redakteur Zuder schloß sich dieser Erklärung an. Es handelt sich bei diesem Prozeß um die Frage, ob das Reichswehrministerium 50 000 Sättel abgenommen habe, die sich nachher als unbrauchbar erwiesen und weiter um die Frage, ob bei diesen Bestellungen Schiebsbäume vorgekommen seien.

### Die Revolutionswirren in Peru

New York, 23. Febr. (Eig. Drabt.) Die revolutionäre Situation in Peru ist infolge der scharfen Zensur nicht zu übersehen. Unbefriedigte Gerichte behaupten, daß der gesamte Süden des Landes in den Händen der Aufständischen ist, während sich nach den Erklärungen der Regierung die Aufstandsbewegung auf Arica beschränkt.

### Sozialistenpaltung in Spanien

Wegen der Parlamentswahlen — Mehrheit gegen Teilnahme Madrid, 23. Febr. (Eigenber.) Die spanische sozialistische Partei und die sozialistischen Gewerkschaften haben am Sonntag in Madrid auf einer außerordentlichen Tagung beschlossen, trotz der Bildung der neuen Regierung an den Wahlen für das Parlament nicht teilzunehmen. Dagegen wird sich die sozialistische Partei an den Kommunal- und Provinzialwahlen beteiligen, da diese einen rein verwaltungsmäßigen Charakter hätten. Die Entscheidung ist nicht von der gesamten sozialistischen Partei angenommen worden. Mehrere Mitglieder des Vorstandes, darunter Basteira und fünf seiner Gefolgsleute, sind aus der Partei ausgeschieden. Sie verlangen, daß die sozialistische Partei schon um der innerpolitischen Prospektive willen sich unbedingte auch an den Parlamentswahlen beteiligen müsse. Das offizielle Kommuniqué über die Tagung erklärt zum Austritt der Opponenten aus der Partei, es bestehe die Hoffnung, daß die ausgeschiedenen Mitglieder sich später der Partei wieder anschließen würden.

### Englisches Kampfflugzeug mit 6 Maschinengewehren

Die englischen Luftstreitkräfte sind um einen neuen Typ von Kampfflugzeugen reicher geworden. Es handelt sich um einen Einflügel, der mit nicht weniger als 6 Maschinengewehren ausgestattet ist, die gleichzeitig vom Piloten bedient werden können.

### Zeitungsverbot in Stuttgart

Das Stuttgarter kommunistische Organ, die Süddeutsche Arbeiterzeitung, ist heute beschlagnahmt worden. Die Maßnahme ist auf Grund eines Artikels erfolgt, der sich mit der Verhaftung des Arztes Dr. Friedrich Wolf beschäftigt und Demonstrationen, sowie Entfaltungen in dieser Sache in Aussicht stellte.

### Staatssekretär a. D. v. Capelle gestorben

Der frühere Staatssekretär des Reichsmarineamts, Admiral Ed. v. Capelle, ist in Wiesbaden im Alter von 75 Jahren an Herzschlag verstorben. Er lebte in den letzten Jahren aus Gesundheitsrücksichten hauptsächlich in Baden-Baden und zuletzt in Wiesbaden.

### Waffenfund

In St. Goar wurden bei einem Stahlhelmann namens Gustav Müdersbach, der außerhalb des Ortes eine Tankstelle unterhält, 10 Gewehre und Karabiner und etwa 1000 Schuß Munition beschlagnahmt.

### Hg. Dr. Wendthausen nicht Nationalsozialist?

Die Behauptung, daß der bisherige Landvolksgewerkschaftsleiter Dr. Wendthausen sich der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei angeschlossen habe, wird als falsch bezeichnet.

# Vielseitige Reichstagsitzung

Berlin, 23. Febr. (Eig. Drabt.) Zu Beginn der Reichstagsitzung am Montag gedachte der Reichstagspräsident Paul Löbe der

### Opfer des Bergwerksglücks

auf der Besche Eschweiler Reserve bei Aachen. Das Haus hatte sich erhoben und hörte die Trauerkundgebung lautlos an. Die Kommunisten verlangten, sofort in die Beratung eines Antrages einzutreten, die für die Hinterbliebenen 3 Millionen Reichsmark gewährt soll, also für jede Witwe rund 100 000 Mark. Wie wenig ernst es den Kommunisten mit diesem Antrag war, zeigt die Tatsache, daß sie in der Sitzung des Vorkommensrates, die unmittelbar vor der Plenarsitzung stattfand, ihren Antrag nicht erwähnten. Sie legten also keinen Wert darauf, daß die Anwesenheit ohne Schwierigkeiten über die parlamentarische Bühne ginge.

Abg. Müller-Franke machte darauf aufmerksam, daß nach der neuen Geschäftsordnung auch dieser Antrag eines Beratungsausschusses bedürfe und daher dem Haushaltsausschuß überwiesen werden müsse. Das Haus beschloß entsprechend.

Die Kommunisten hatten sich erst über die Geschäftsordnungs-mäßige Bemerkung des Sozialdemokraten Müller fühllos aufgeregt, seigten aber eine Minute später, wie recht er hatte, denn sie brachten nun ihrerseits einen Beratungsvorschlag ein. Sie schreiben den sozialdemokratischen Antrag auf Sonderbesteuerung der großen Einkommen und Vermögen, sowie der Lantienen ab und verlangen, daß dieser Antrag sofort ohne Debatte erledigt werde.

Dem widerspricht der Zentrumsvorsitz, Ester, indem der Antrag nicht auf die Tagesordnung gebracht werden kann.

Am Schluß der Sitzung wurde allerdings nicht Widerspruch dagegen erhoben, daß dieser Antrag auf der morgigen Tagesordnung des Reichstages erscheine. Er wird dann zweifellos dem Haushaltsausschuß des Reichstages zur Beratung bei dem Etat der allgemeinen Finanzverwaltung überwiesen werden.

Der Gelehtwurf über den Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Österreich über Sozialversicherung wurde dem sozialpolitischen Ausschuß und dem auswärtigen Ausschuß überwiesen. Es handelt sich um Vereinbarungen zum Zwecke des

### gegenseitigen Ausweises zwischen Deutschland und Oesterreich

auf den Gebieten der Krankenversicherung, der Unfallversicherung, der Invalidenversicherung, der Altersversicherung.

### Bei Beratung des Gelehtwurfs über ein Zusatzabkommen zum deutsch-französischen Handelsabkommen

entwickelte sich eine längere Aussprache. In den langwierigen Beratungen zwischen beiden Regierungen hat Frankreich eine Erhöhung der Einfuhrzölle für deutsche Baumwollstrumpfwaren durchgesetzt. Auf der anderen Seite gibt das Abkommen der deutschen Regierung das Recht, die Zölle für Wollen, Graupen, Gerste und andere Müllererzeugnisse zu erhöhen. Die französische Regierung hat ferner für Kristallglas und andere Trinkbranntweine ein Einfuhrkontingent ausfinden, das insbesondere für die süddeutschen Brennereien von Vorteil sein wird.

Der Kommunist Hönle schien das Abkommen überhaupt nicht gelesen zu haben, er sprach nämlich nicht zu dem Tagesordnungsgegenstand, sondern hielt eine allgemeine Rede gegen die Zollpolitik und endete damit, daß die ganze Zollpolitik auf einen bewaffneten Krieg mit Sowjetrußland hinauslaufe.

### Abg. Toni Sender (Soz.)

äußerte für die Sozialdemokratie, daß das Zusatzabkommen eine Beschlechterung für einen Teil der jächsischen Textilindustrie bringe.

# Internationaler Sozialistenkongreß 25. Juli

## Abrüstung und Weltwirtschaftskrise auf der Wiener Tagesordnung

Zürich, 23. Febr. (Eig. Drabt.) Am zweiten Verhandlungstag der Internationalen Exekutive berichtigte Otto Bauer, Oesterreich über die Beschlüsse der gemeinsamen Arbeiterlokalenkommission der Sozialistischen Internationalen und des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Die Exekutive nahm die Beschlüsse zur Kenntnis. Eine weitere Resolution stellte fest, daß noch Verträge über die Herabsetzung der Zölle für die einzelnen Gruppen empfehlenswert sind. Schließlich wird die Einführung der Arbeitslosenversicherung in jenen Ländern der Diktatur, in denen sie noch nicht besteht, dringend gefordert.

Ein besonderer Beschluß erhebt die Forderung nach der Rücknahme der zur gemeinsamen Durchführung der Aktion für Abrüstung mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund wurde ein Komitee gebildet. Die Frage der Abrüstung wird auch einer der Generalversammlungen auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Wien sein, der am 25. Juli eröffnet wird.

Die Tagesordnung des Kongresses ist wie folgt festgesetzt:

1. Der Kampf um die Abrüstung und gegen die Kriegsgesetze;

So unvollkommen das Abkommen sei, so müsse doch gesagt werden, daß überhaupt kein Handelsvertrag zustande gekommen wäre, wenn man auf die Hilfe der Kommunisten angewartet hätte. Folgte man dieser negativen Handelspolitik, so hätte man in Deutschland noch drei Millionen Erwerbsloser mehr. Es sei Un Sinn jeden Handelsvertrag zu verdamnen, denn manche dieser Verträge brächten auch Zollherabsetzungen.

Der bayerische Volksparteiler Berlaicher führte aus, daß Rußland für seine eigene Bevölkerung die Lebensmittel rationiere, und bei dadurch erzwungenen Ueberflüss billig auf den Weltmarkt werfe. Ferner deunruhige es den Weltmarkt durch Erzeugnisse die durch Schuldlose vom Innern Rußlands billig exportiert werden könnten.

Noch einmal behauptete Hönle unter Berufung auf Karl Marx, daß Handelsverträge nur dem Zollwucher dienen.

Toni Sender antwortete ihm, wenn das wahr wäre, so sei nicht zu verstehen, warum auch die russische Regierung durch Abschluß von Handelsverträgen sich an diesem Zollwucher beteilige. Sollte Karl Marx solche kommunistischen Reden erleben, so würde er darauf geantwortet haben: „Du gleichst dem Geiß, den du bezaehst, nicht mir.“

Das Zusatzabkommen wurde zur weiteren Beratung dem Ausschuß überwiesen.

### Es folgte die erste Beratung des Gelehtwurfs zum

### Ausbau der Angestelltenversicherung

Der Entwurf gibt eine Neugliederung der Selbstversicherung und das direkte Wahlrecht für den Verwaltungsrat. Eine alte Forderung der Sozialdemokratie. Ein Fortschritt ist auch, daß Schullos geschiedene Frauen in Zukunft die Witwenrente erhalten, und daß die Elternrente eingeführt wird. Dagegen fehlt ganz eine Erhöhung der Rente. Der Gelehtwurf ging an den sozialpolitischen Ausschuß.

### Ab. Schmidt-Cöpenick (Soz.)

erstattet den ausführlichen Bericht über die Haushaltberatungen des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Er verstand es in seiner objektiven Berichterstattung, mehrere interessante Einzelheiten einzuflechten. So zeigte er, daß manches Geld, das die Reichsregierung zu billigem Zinsfuß an die Landwirtschaft abgibt, bis zu 14 Prozent kostet, wenn es endlich an den letzten Empfänger kommt. Die Konsumgenossenschaften bemühen sich mehr und mehr, deutsche Butter zu verkaufen. So ist es ihnen gelungen, den Anteil der deutschen Butter an dem Gesamtmarkt der Konsumgenossenschaft von 8 vom Hundert auf 14 vom Hundert im Jahre 1930 zu steigern. Der Anbau von Weizen hat zugenommen, der Roggenanbau dagegen abgenommen. In welcher Art das Privatkapital das Reich auszuhebeln versucht, zeigt folgender Fall: Die Reichseigene Deutsche Landkultur A. G. laufe zur Herstellung von Motoren eine deutsche Automobilfabrik. Ein Dr. Kann, der ein Aktienpaket von 60 000 Mark dieser Fabrik im Besitz hatte, veräußerte es dem Reich für 160 000 Mark anzudehen. Es wurde ihm erkreulicherweise die Tür geöffnet. Im Ausschuß ist darüber gefasst worden, daß ein nationalsozialistischer Abgeordneter und Rittergutsbesitzer in einem Schloss wohne, und daß seine Landarbeiter entliehliche Eizenschnitten hätten. Ein nationalsozialistischer anderer Abgeordneter hat dies zugestanden, jedoch im Auftrag seines Parteigenossen und Rittergutsbesitzers erklärt, die betreffenden Landarbeiter wollten aus diesen Wohnungen durchaus nicht ausziehen.

Auf Vorlage des Reichstagspräsidenten wurden dann die Beratungen abgebrochen, weil das Reichsabinett noch über die Tagesfrage beriet. Am morgigen Dienstag wird die Aussprache über den Ernährungshaushalt beginnen.

### 2. Die allgemeine Lage der sozialistischen Bewegung und der Kampf der Arbeiterklasse in der Demokratie;

### 3. Die Weltwirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit;

### Als Berichterstatter wurden bereits gewählt:

Für Punkt 1: de Bronquere-Belgien.

Für Punkt 2: Bauer-Oesterreich.

Zum Ergebnis der Indienskonferenz nahm die Exekutive in einer einstimmig angenommenen Entschließung Stellung, die dem Präsidenten des indischen Nationalkongresses Mahatma Gandhi mitgeteilt wurde. Darin bricht die Exekutive die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen erfolgreich sein werden, fordert jedoch, daß die neue Verfassung Indiens der Arbeiterklasse und den Massen der Bauernschaft das Wahlrecht gewährt.

Auf Grund eines vom Vorwärts veröffentlichten Telegramms der Sowjetunion, wonach die Unterzeichnung wegen einer „konterrevolutionären Organisation“ eines angeblichen Büros der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands beendet ist und die Angelegenheit in wenigen Tagen dem obersten Gerichtshof der Sowjetunion zugewiesen werden wird, landte Bandernebel dem Rat der Volkskommissare in Moskau auf Befehl der Exekutive ein Protestschreiben.

# Aus aller Welt

### Kinder auf Stiern vom Zug erfährt

Davos, 23. Februar. Auf der Station Wolfsang der Abtischen Bahn ereignete sich am Samstag nachmittags ein schwerer Unfall, dem die 9 Jahre alte Tochter Gisela des Chefarztes der Deutschen Heilfakten Davos-Wolfsang Dr. Peters zum Opfer fiel. Das Kind war mit drei Freundinnen auf Stiern in der Nähe des Bahnhofs über die Gleise gegangen. Dort hatten sie eine etwa 2 Meter hohe Schneewand erklettert, wobei zwei der Mädchen abstürzten und vor den gerade nach Klosters ausfahrenden Zug der Abtischen Bahn zu liegen kamen. Während das eine Mädchen mit leichten Verletzungen davontam, wurde Gisela Peters vom Zug erfasst und auf der Stelle getötet.

### Hamburger Dampfer gesunken

Bremen, 23. Februar. Der Hamburger Dampfer „Kurland“ ist in der Nacht zum 22. Februar nordöstlich vom Terhiesling-Feuerschiff gesunken. Die aus zwölf Mann bestehende Besatzung wurde von einem englischen Fischdampfer geborgen.

### Bestimmungsmeisurung

In Darmstadt fand eine Bestimmungsmeisurung auf Schläger zwischen dem Studenten Tomidat von Frankfurt a. M. vom Corps Freia und dem Frankfurter Studenten Werner Prinz, der in Darmstadt studiert und dem Corps Monia angehört, statt. Infolge eines

Anfallschalles erhielt Tomidat einen tiefen Stich in die Brust, der innere Verletzungen zur Folge hatte, so daß der Tod halb bestimmt eintrat.

### Ungewöhnlich starker Schneefall in Südbayern

München, 23. Februar. Der seit Samstag anhaltende heftige Schneefall hat in Südbayern und besonders in den Bergen eine Schneehöhe erreicht, wie sie in diesem Winter noch selten und im Februar seit vielen Jahren nicht erreicht worden ist. In München betrug am Montag morgen die Schneehöhe 29 Zentimeter. Im Gebiet der Karalpen ist fast durchweg eine neue Schneehöhe von einem halben Meter gemessen worden, indem der Verkehr auf den Straßen stark behindert ist und oftmals Autos ausgefahren sein werden müssen.

### Deutsches Schiff in Not

London, 23. Februar. Wie Lands berichten, ist der deutsche Dampfer „Albatros“ bei der im nördlichen Nordatlantischen Meer gelegenen Insel St. Michael auf Grund geraten und leck geworden. Der Kapitän bittet um Hilfe und Uebernahme der Besatzung. Die Rettungsarbeiten sind im Gange.

### Hospiz auf dem Großen St. Bernhard eingeschneit

Wien, 23. Februar. Wie gemeldet wird, liegt das Hospiz auf dem Großen St. Bernhard fast völlig unter dem Schnee begraben. Der Schneeeck erreicht beim Hospiz eine Höhe von acht Metern.



# Freistaat Baden

## Der evang. Oberkirchenrat in Nöten

Das dem Kreis der evangelischen Sozialisten wird uns geschrieben. Die Erregung, die allenthalben im badischen evang. Kirchenrat und darüber hinaus wegen der Abregulierung des Genossenschaftsrechts eingetreten ist, scheint dem Oberkirchenrat doch in die Knochen gefahren zu sein. Nichtsdestoweniger und nicht nur aus dem professionellen Eifer mehrten sich die Stimmen, die über die Maßnahmen des Oberkirchenrates und seines Präsidenten den Kopf schütteln. Dieser bei den Postiven und dem evang. Volksdienst erbeden sich nicht, sondern klagen den Präsidenten der Parteilichtheit an.

In Mannheim war vergangenes Donnerstag eine Riesensitzung für den Genossen Eder. Der große Nibelungenaal wurde nicht aus, so daß noch eine Parallelsitzung abgehalten werden mußte. Ueber 8000 Personen haben sich dabei rüchhaltlos hinter ihren Führer gestellt und den Rücktritt des Kirchenpräsidenten verlangt.

Der Herr Kirchenpräsident, der für Ruhe und Ordnung unter der schwarz-weiß-roten Fahne eintritt, doch in der Öffentlichkeit gerät. Möglicherweise ist er jetzt erst von dem Vorhandensein einer Klasse erfahren, die andere politische Ziele hat, als er. Was tun? Er erklärt schließlich eine Vertagung an seine Adresse. Sie möchten unter den Parteien eine Abstimmung veranstalten, wie man dort über den Fall Eder denkt. Herr Präsident! Sie haben Sie sich wieder an die falsche Adresse gewandt. Sie wissen wohl, wie man über Sie und den Gen. Eder denken muß. Sie müssen die große Masse des Kirchenvolkes betrachten. Sie können noch mehrere solche gegeben werden. Aber eines können Sie nicht mehr geben. Wir verwarfen uns ganz entschieden, daß Sie in einer so wichtigen Angelegenheit die Parteien heranziehen. Wir leben in der evang. Kirche immer noch eine Volkspartei, in der alle gleich sind. Wenn Sie daraus eine absolute Klasse machen wollen, in der Sie als absolute Partei herrschen, so werden Sie es tun. Aber den Ehrennamen, Kirche der Reformation zu sein, dürfen Sie für dieses Gebilde nicht mehr in Anspruch nehmen.

Die religiösen Sozialisten, die wir mit offenen Augen im Leben sehen, wird immer wieder der Vorwurf gemacht, daß sie die Politik in die Kirche zu ziehen. Der Vorwurf liegt uns immer sehr, weil wir in der Politik den Dienst an der Gesamtheit, auch an der Kirche, sehen. Aber Sie eben mit Ihrer Rundfrage gemacht haben, Herr Präsident, das war wirklich „Politik“ und zwar politisch im üblichen Sinne. Sie wollen sich, nach eben das Verfahren gegen unseren Genossen Eder durchgeführt ist, eine Mehrheit suchen, die Ihren politischen Schicksal, um mit dieser Mehrheit Gewalt gegen uns auszuüben. Doch damit kein Vertrauen auf eine objektive Durchführung des Verfahrens sein kann, dürfte klar sein. Vielleicht wissen Sie, wie man im gewöhnlichen profanen Leben, wo man keine so hohen Worte gebraucht wie auf der Kanzel, einen solchen Einfluß in ein Verfahren bezeichnet. — Herr Kirchenpräsident! Der Herr ist im Rollen und kann zu einer Laminie werden. Sie und Ihre Getreuen tragen dann die Verantwortung. S. S.

## Die Gehaltshürzung

Nach dem Abkommen vom 26. Januar 1931 betr. die sechste Lohnabstimmung des Reichsangehörigendienstes und der Ausführungsbestimmungen hierzu (abgedruckt im Reichsbesoldungsblatt 1931 Nr. 3) werden die Gehaltsbesoldungen der Reichsangehörigen in den Monaten Februar und März 1931 um 5 v. H. und am 1. April 1931 um 10 v. H. gekürzt. Die Vorschriften der §§ 1 Abs. 4 und 3 des zweiten Teils, Kapitel 2, der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 (RGBl. Teil 1 S. 517) gelten dabei entsprechend mit der weiteren Ergänzung, daß auch der vom Angestellten- und Arbeitslosenversicherungsgesetz als tragende Teil des Pflichtversicherungsbeitrags zur Angestellten- und Arbeitslosenversicherung der Kürzung nicht unterliegt. Die Grundzüge des Kürzungsabkommens werden auf alle Angehörigen des Reichsangehörigendienstes ebenfalls angewandt. Nach dem Kürzungsabkommen vom 11. Dezember 1930 (Staatsanzeiger Nr. 290 vom 12. Dezember) tut eine der vorgenannten Grundzüge entsprechende Kürzung der Dienstbesoldung auch gegenüber der Angestellten der Gemeinden usw. den Vorschriften des zweiten Teils, Kapitel 2, der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 gemäß.

## Deutscher Berufsschultag in Mannheim

Am ersten Oktoberwochen des Jahres 1931 wird der Deutsche Berufsschultag in Mannheim tagen. Mit der Tagung wird eine Ausrichtung der Mannheimer Berufsschulen verbunden sein. Ein Zulauf für die Tagung wurde vom Stadtrat beauftragt.

## Der Arbeitsmarkt in Südwestdeutschland

Nach den Ermittlungen des Landesamtes für Arbeitsbeschaffung in Südwestdeutschland ist die Belastung des Arbeitsmarktes vom 1.—14. Februar um 8000 oder 3,4 Prozent auf rund 320 000 Arbeitssuchende Personen. Die Zunahme war aber diesmal offenbar fast ausschließlich durch Witterungseinflüsse, Schneefälle und Frost bedingt, der Fortschritt und der Industrie der Steine und Erden, der Metall- und Holzindustrie, sowie ihre Beschäftigung vom Berichtszeit in Erscheinung tretende Zunahme in der Beauftragung der Unterhaltungsarbeiten mit 11 771 oder 3,7 Prozent erheblich geringer als in der zweiten Hälfte des Jahres. Nach der Statistik der Arbeitsämter war der Stand an Arbeitslosen am 14. Februar 1931 folgender:

Landesamt für Arbeitsbeschaffung (171 634 Personen) (134 785 Männer, 36 849 Frauen).  
 Landesamt für Arbeitsbeschaffung (157 238 Personen) (117 711 Männer, 39 527 Frauen).  
 Landesamt für Arbeitsbeschaffung (168 421 Personen) (109 191 Männer, 59 230 Frauen).  
 Landesamt für Arbeitsbeschaffung (90 274 Personen) (66 006 Männer, 24 268 Frauen).  
 Landesamt für Arbeitsbeschaffung (106 835 Personen) (71 191 Männer, 35 644 Frauen).  
 Landesamt für Arbeitsbeschaffung (1000 Einwohner) 41,1 Hauptunterstützungslosige gegen 26,4 am 15. Februar.

Der Reichsbahnrat hat die Elektrifizierung der Bahnstrecke Augsburg-Regensburg in letzter Minute abgelehnt. Es handelt sich dabei um eine Strecke von rund 50 Kilometern Länge, die in zwei Abschnitten, nämlich von Augsburg nach Regensburg und von Regensburg nach Landshut, zu verlegen ist. Die Strecke Augsburg-Regensburg ist bereits elektrifiziert, die Strecke Regensburg-Landshut wird von einem Konsortium aus der Reichsbahn, dem Bayerischen Staat und dem Reichsbahnrat durchgeführt. Die Strecke Landshut-Regensburg wird von der Reichsbahn durchgeführt. Die Strecke Regensburg-Landshut wird von der Reichsbahn durchgeführt. Die Strecke Landshut-Regensburg wird von der Reichsbahn durchgeführt. Die Strecke Regensburg-Landshut wird von der Reichsbahn durchgeführt.

# Hitlers Prunkpalast

## Millionenverschwendung aus Größenwahn

Hitler ist zur Zeit ausschließlich mit der Ausschmückung des Münchener Parteipalastes beschäftigt. Das beweist er durch die Veröffentlichung eines Wandmuralartikels, der mit rund 900 Zeilen 1 1/2 Seiten seiner Zeitungsplantage füllt. Unter Beweishandlung seiner eigenen Person erzählt er dort zunächst zum 10. und 10. vierten Male die Anfänge der Münchener Hitlerbewegung. Dann begründet er den Erwerb des Luzzasbaues im Sinne des großmahnwürdigen Bayernkönigs, der sich auch von Bismarck mit Millionen aus dem Reichstagsfonds subventionieren ließ, mit folgenden Sätzen:

„Die nationalsozialistische Bewegung ist eine machtpolitische Erscheinung und kann nicht verstanden werden mit den Wirtschafts- und Parlementsparolen unserer Mitte. Das Ziel ihres Kampfes und Ringens ist das unermeßlich Große, das sich auch rein äußerlich in einer überragenden Bedeutung jedermann klar zeigen muß.“ Die Notwendigkeit großer Räume begründet der Nazi-Papst mit der Einrichtung vieler Abteilungen der Partei für Organisation und Propaganda, „dazu kommt der mächtige Ausbau der SA- und SS-Verwaltung“. Ein anderer Teil der Parteigebäude soll künftighin noch in der bisherigen Geschäftsstelle eines dreistöckigen Mietshauses im nördlichen Stadtteil abgemietet werden. Selbstverständlich befindet sich „das Büro des Führers“ im neuen Staatspalast, der eine Fahrenhalle, eine Standartenhalle und einen Senatorensaal enthält. Dies werden angeblich die schönsten Räume sein, „künstlerisch glänzend ausgestaltet“, wobei „zum ersten Male seit dem griechischen Meander das Hakenkreuz als neues Ornament in verschiedenen Formen verwendet worden ist. Auch große Marmoraltäre mit großen Buchstaben tragen die Namen der vom Reichsbanner und Rotfront ermordeten SA- und SS-Kameraden... Ueberhaupt wird der Bau ein Museum von Erinnerungen an die Kämpfe unserer Bewegung sein.“

Ueber den Kostenaufwand dieses Palastes, den der Nazi-Papst „Braunes Haus“ getauft hat, macht er keine Angaben. Er spricht lediglich davon, daß er schon vor sechs Monaten angeordnet habe, „daß von allen seinen eigenen Veranlassungen ein Mindestbetrag von 3 bis 5000 M zur Ausschmückung des Parteibaus abgesetzt wird, die dadurch herbeizubringen sind, daß jeder Besucher, der nicht Parteimitglied ist, einen Eintrittspreis von 5 M zu bezahlen hat“.

Hitler schließt seine Angaben mit dem Satz: „Wenn ich persönlich das Opfer bringen kann, in jeder solchen Veranlassung bis zur eigenen Erschöpfung zu sprechen, dann müssen diejenigen, die bisher überhaupt noch kein Opfer für die Bewegung gebracht haben, jedesmal wenigstens 5 M zahlen. Wer das nicht will, braucht nicht zu kommen.“

Größenwahn in höchster Potenz, der gleichzeitig zeigt, wie sehr die Hitler zu Millionenverschwendungen bereit sind, wenn es sich um Selbstweiherrückung handelt.

## Ludendorff verspottet die Nazis

### Die Auszugs- und Gewalttätigkeit sind lächerlich gemacht

Nach Kapitän Ehrhardt stellt nunmehr auch Ludendorff in seiner Volksworte die „Taktik“ der Nationalsozialisten an den Pranger, indem er erklärt:

„Der Auszug erfolgte, nachdem die NSDAP sich überzeugt hatte, daß die Hoffnungen, durch den Reichstag „schnell zur Macht zu gelangen“, so wie es von ihren Wenzeln den Parteigenossen und Wählern vorerbetet war, zu einer vergeblichen Hoffnung wurde, und die Realisierung und Reichstag sogar „aus verfassungsmäßige“ die NSDAP im Reichstag an die Wand gedrückt hatten. Der Auszug war kein großes Handeln. Nur schlecht verbeißte er die Enttäuschung nicht geblühter Spekulation. Die Aenderung der Geschäftsordnung, die den früheren Anlauf bot, enthält einige Punkte, die parlamentarische Auswüchse beseitigen und von jedem rechtlich denkenden Menschen begrüßt werden sollten. Aber die NSDAP, die immer nur von Gewalt träumt, und dieser auch unverhohlenen Ausdruck gibt, hat kein Recht, sich über Gewalt zu beklagen, die nun andere gegen sie anwenden. Wer andere eine Grube gräbt, fällt selbst hinein, und wer dann noch fragt, stellt sich gerade nicht als Held hin...“

Ludendorff stellt zum Schluß noch das nationalsozialistische Gebilde vom „Aufstieg“ zum Bürgerkrieg als Geschwätz hin und sagt ebenso wie Ehrhardt, nur noch deutlicher, daß damit nach der heutigen Lage der Dinge keine Geschäfte mehr zu machen seien. Es sind böse Zeiten für die Nazis. Reichsinnenminister Dr. Wirth stellt fest, daß sich aus den Reihen der Nationalsozialisten ständig freiwillige Spitzel gegen Bezahlung zur Verfügung stellen und Ehrhardt und Ludendorff attestieren den Nazis die politische Unfähigkeit. Wir fondolieren...

# Gewerkschaftsbewegung

## 20 Prozent

### Die neue Lohnabstimmung

Die Schwerindustrie hat mit ihrer Lohnabstimmung 20 Prozent herabgesetzt. Schon werden sich immer mehr Arbeiterschaften, die ohne jede wirtschaftliche Begründung mit dieser neuen Parole — man muß schon sagen: um sich werfen. Auch die Zigarren- und die Zigarettenfabrikanten — um zwei neue Beispiele herauszugreifen — haben sich die 20-Prozentparole zu eigen gemacht.

### Die Zigarettenfabrikanten

haben jahrzehntlang den zweifelhaftesten Ruf genossen, die schlechtesten Löhne zu zahlen. Diesen Ruf möchten sie nicht verlieren. Der Reichsverband deutscher Zigarettenfabrikanten will seine Lohnabstimmungen dem Tabakarbeiterverband erst bei den Verhandlungen, die am 3. März in Hamburg beginnen sollen, mitteilen, weil es ihm angeblich bis jetzt noch nicht möglich war, seine Tarifkommissionsmitglieder zusammen zu bekommen. Allen Anschein nach will der R.D.Z. Gewerkschaften und Defianten überzumpeln. Daher seine Demagogik. Einige seiner Mitglieder haben jedoch bereits aus der Schule geplatzt und andeutend, daß die Löhne in der Zigarettenfabrikation um 20 Prozent gekürzt werden sollen.

### 20 Prozent Lohnkürzung für den Zigarettenarbeiter!

Dabei beträgt der Durchschnittslohn eines Vollarbeiters in den Zigarettenfabriken noch nicht einmal 1200 Mark im Jahr. Werden davon noch 20 Prozent in Abzug gebracht, dann verbleibe ein Jahresdurchschnittslohn von weniger als 960 Mark und damit sollen die Zigarettenarbeiter und ihre Familien auskommen.

Man möchte das Ganze für die Ausbeutung einer überlebigen Phantastie halten. Allein vor die Zigarettenfabrikation kennt, weiß, daß sie bei Lohnkürzung zu allen fähig sind. Sie wollen die durch das Tabakarbeitergesetz geschaffenen Verhältnisse ausnutzen. Sie wollen zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: auf der einen Seite Gewicht und Töten der Zigarette zu ihrem Vorteil ändern, dem erhöhten Werte nehmen und auf der anderen Seite die Löhne um 20 Prozent kürzen. Sie glauben, ihren Anschlag leicht durchführen zu können, weil die Arbeitslosigkeit die Zigarettenarbeiter besonders schwer heimgreift hat. Sie wissen, daß Ende Januar nur der freigeschäftliche organisierten Zigarettenarbeiter noch rund 70 Prozent tätig arbeitslos waren. Trotz der gewis für die Tabakarbeiter schwierigen Situation wird jedoch der Deutsche Tabakarbeiterverband jedes nur erdenkliche erfolgreiche Mittel anwenden, um den geplanten Lohnabbau zu verhindern, und daneben haben dann auch die Zigarettenarbeiter noch ein Wortlein mitzusprechen.

### In der Zigarettenindustrie und Großhandel

wollen die Unternehmer ebenfalls aufs Ganze gehen. Was sie 1930 an Beschäftigten nicht durchsetzen konnten, wollen sie dieses Jahr erzwingen. Eine Reihe von Tarifverträgen ist bereits gekündigt.

Ueberall also das gleiche Bild. Rücksichtslos will das Unternehmertum seine einseitige Stellung ausnutzen. Wenn früher bei guter Konjunktur die Arbeiter die Forderungen stellten, dann

schrien die Unternehmer Beter und Mordis über „Konjunkturlohnpolitik“. Was sie selbst jetzt treiben, ist tausendmal schlimmer als Konjunkturpolitik.

Gegenüber dem Machtmittel der Unternehmer gibt es für die Arbeiter nur ein Mittel der Abwehr.

### Stärkung der Gewerkschaften

Kein einziger Arbeiter darf jetzt tatenlos beiseite stehen. Wer nicht in die Kampffront der Gewerkschaften einschwenkt, schwächt die Tariflohnfront.

Entweder Erweiterung der Kampffront der Gewerkschaften oder Engerhalten des Hungerriemens.

Eine andere Wahl gibt es nicht.

## Druckerstreik beim Jungdeutschen

Der Jungdeutsche, die Zeitung des Jungdeutschen Ordens, ist gestern nicht erschienen, da das technische Personal in der Buchdruckerei von R. Boll, G. m. b. H., Berlin, in der das Blatt gedruckt wird, in einen Streik getreten ist.

## Stägige Arbeitswoche bei Haus Neuerburg

Bei der Zigarettenfabrik „Haus Neuerburg“ in Trier wird am 1. März die fünftägige Arbeitswoche eingeführt. Der Betrieb bleibt am Samstag vollkommen arbeitsfrei.

## Es geht, wenn man will

Im deutschen Holzgewerbe sind sofort nach dem Scheitern der Verhandlungen in den einzelnen Bezirken von der Partei Schritte zum Abschluss des schwebenden Tarifkonflikts unternommen worden. Die bezirksweisen Verhandlungen haben an manchen Stellen überraschend schnell zu einer Verständigung geführt, wobei die Arbeiter ein besseres Ergebnis herausgeholt haben, als sie wahrscheinlich bei den zentralen Verhandlungen erzielt hätten. So kam es in Bayern zu einer Vereinbarung, wodurch der Manteltarif mit einigen unwesentlichen Veränderungen wieder in Kraft gesetzt und ein Lohnabbau von 6 Prozent festgelegt wurde. Am Rührer Bezirk wurde die Geltung des bisherigen Manteltarifvertrages ohne jede Veränderung verlängert und ein Lohnabbau von 5 1/2 Prozent festgelegt. In den beiden Fällen ist der Lohnabbau geringer, als der, den man im Arbeitsministerium den Unternehmern angeboten hatte!

Die Ausbeutung ist überall im Abflingen. Die Zahl der Ausgesperrten fällt — alles in allem vielleicht noch rund 2000 — nicht mehr ins Gewicht. In vielen Stellen haben die Unternehmer die Ausgesperrten wieder zu den alten Bedingungen in die Betriebe zurückgeholt oder nur einen verhältnismäßig geringen Lohnabbau vorgenommen.

Dem Deutschen Holzarbeiterverband ist es im allgemeinen in den bezirksweisen Verhandlungen gelungen, die nur ihm einschlägigen Punkte zu halten. Jedoch hat sich gezeigt, daß auch im Holzgewerbe eine Verständigung möglich ist. Sie wird an noch mehr Stellen möglich werden, wenn sich auf Unternehmenseite einige Leute die Hörner etwas abgehoben haben.

## Partei-Nachrichten

d. Weingarten. Die hiesige Frauengruppe der Sos. Partei hatte auf Freitag, 20. Februar, in das Lokal zur Linde zu einem Vortragabend eingeladen. Es war eine Freude, zu beobachten, mit welcher großem Interesse die erschienenen Besucherinnen, über 70 an der Zahl, dem ausgezeichneten Vortrag der Genossin Starz-Karlson gefolgt sind. Die Referentin sprach über das Frauenleben in der Türkei, türkische Sitten und die Modernisierung des heutigen türkischen Staates. Die Referentin erzielte reichen Erfolg für ihre vorzüglichen und interessanten Ausführungen. Die hiesige Frauengruppe wird bemüht sein, auch weiterhin durch aufmerksame Beiträge den weiblichen Mitgliedern unserer Bewegung

und sonstigen Interessenten Unterhaltung und Anregung zu bringen.

## Soziale Rundschau

### Weibliche Angestellte in Beamtenstellen

Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurden die Bestimmungen zum Haushalt des Reichsinnenministeriums vorgenommen. Eine zur Annahme gelangte Entschließung der Sozialdemokratie erludt die Reichsregierung, die bei den Subventionsverwaltungen des Reiches über 12 Jahre tätigen weiblichen Angestellten in Beamtenstellen des einfachen und mittleren Grades zu überführen.





# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

24. Februar

1799 Georg Christoph Lichtenberg. — 1829 Schriftsteller Friedrich Spielhagen. — 1848 Februarrevolution in Paris. Frankreich wieder Republik. — 1867 Eröffnung des 1. norddeutschen Reichstags. — 1869 Dramatiker Karl Schönherr. — 1905 Durchbruch des Simonsstunnels. — 1925 Schweizerischer Sozialist Hjalmar Branting.

## Die Nazis als Werkzeuge Gottes

Der offizielle Fasching ist seit einigen Tagen vorbei, jedoch bei den Nazis scheint die Fastnacht noch nicht ausgestorben zu sein. Das bewies wieder ihre letzte Festhallenversammlung, in der ein Redner über Rußland sprach. Uns interessiert heute jedoch weniger, was der Nazirechner seinen gläubigen Zuhörern über Rußland gepredigt hat, sondern vielmehr die Tatsache, daß der Redner sowohl wie der Versammlungsleiter die Nazis als Werkzeuge Gottes hingestellt haben, die bestimmt seien, Gottes Willen zu vollziehen, und sich Gottes unerforschlichem Ratsschlusse zu fügen.

Die Nazis als Werkzeuge Gottes! Wer laßt da nicht über solche Sprüchekopfer und Phantasten. Ausgerechnet die Nationalsozialisten betrachten sich als Werkzeuge Gottes! Es gab ja schon einmal einen, der sich in so ausgeprägter Form als Vollstrecker des Gotteswillens hinstellte, nämlich Wilhelm II., der bekannte Narr von Gottes Gnaden. Er hat als „Werkzeug Gottes“ das deutsche Volk herrlichen Zeiten entgegengeführt, von denen wir heute noch einen Teil auskosten müßten. Wenn die Hitlerianer als Werkzeuge Gottes und mithin Erbe der Geistesverfallung Wilhelms II. denselben Erfolg in ihrem dritten Reich haben, dann kann man sich eine Vorstellung von diesem Reiche machen, in dem nur Milch und Honig fließen soll.

Die Nazis haben ja schon manchen Unfuss verapft. Aber daß sie sich nun noch sogar als Werkzeuge Gottes fühlen und sich Gottes unerforschlichem Ratsschlusse fügen, das ist schon der Gipfel politischer Ueberheblichkeit. Zu was allem der liebe Herrgott nicht mißbraucht wird! Die Nazis als Anhänger der Front der Große-Männer-Theorie! Jetzt wird wohl allen klar sein, warum der große Adolf auch als großer Mann gehalten wird, der von Gottberufen ist, das Schicksal des deutschen Volkes in die Hand zu nehmen.

Man sieht, die Hitler sind ein strenggläubiges Volk, jeder Faschnachtsult wird von ihnen als felsenfeste Wahrheit angenommen. Aber Spaß beiseite: Hitlers Wort ist Gottes Wort! Und was die kleinen Hitler im Lande herum predigen, ist ebenjass die Stimme Gottes. Jeder Funktionär fühlt sich scheint's so als kleiner Herrgott. Und über allen thront Adolf der Erste, der Vollstrecker göttlicher Wünsche!

## Aus Organisationen und Vereinen

### Bezirk Hardwaldbildung der Sozialdemokratischen Partei

Als weiterer Bildungsvortrag fand am Freitag, 20. Februar, im Handarbeitsaal der Telegraphenschule ein Referat des Gen. Direktors Wilhelm über „Die Blüteseit des Absolutismus“ statt. In Anbetracht des Themas hätte der Vortrag besser behauptet sein dürfen. In seiner Einleitung betonte der Referent, daß wir aus der Geschichte lernen müssen. Die Blüteseit des Absolutismus umfaßt das 18. Jahrhundert. Wenn wir die Stellung und die Abhängigkeit des damaligen Bürgertums betrachten, sehen wir manche Ähnlichkeit mit der Zeit, nur hat heute das Bürgertum die Macht und die Unterdrückten und Abhängigen sind die Proletarier. Aber speziell vom kulturgeschichtlichen Standpunkt aus gesehen, ist doch ein gewaltiger Aufschwung der Unterdrückten zu verzeichnen. Die Lage des Bürgertums im 18. Jahrhundert war sehr schlecht. Das in 1800 Unterländern verabschiedete Reichsgesetz wurde von ebenjassigen Landesherren absolut regiert. Ein Recht gab es für den Bürger überhaupt nicht. Dieses war nur dem Adel vorbehalten. Dieser besaß eine ganze Anzahl Vorrechte. Der Adel genoss Steuervergünstigungen, auch war er von den Lasten der Einquartierung befreit. Mittelalterliche Grund und Boden konnte nur der Adel erwerben, ebenso besaß er das Recht zur Jagd und zum Fischfang. Der regierende Fürst ernannte die Geistlichen, welche das Evangelium natürlich zugunsten der Machthaber auslegen mußten. Der Adel herrschte somit die Lebensmittelerzeugung wie auch die Kulturpolitik. In jeder Beziehung, besonders gesellschaftlich, schloß sich der Adel von dem Bürgertum vollständig ab. Die Machthaber nützten ihre Stellung skrupellos aus. Das Bürgertum wurde vollständig ausgeschlossen, um die Militärvorstellungen, prachtvollen Festlichkeiten und sonstigen Launen der Fürsten und ihrer Mätressen zu finanzieren. Wenn aus dem Bürgertum nichts mehr herauszuholen war, verkauften diese Landesväter ihre Landesfinder als Kanonensutter an fremde Großmächte. Wie in dieser Zeit von den Machthabern schaut wurde, zeigte der Referent an Beispielen aus Württemberg und der Tätigkeit von August dem Starken von Sachsen. Erst durch die französische Revolution kam auch die Macht des Adels in Deutschland ins Wanken und durch ständige Aufklärung gelangte das Bürgertum zur Macht und damit kam das kapitalistische Zeitalter, welches den Proletariat zum Unterdrückten machte. Dieses System zu überwinden und uns zu einer besseren Gesellschaftsordnung, zum Sozialismus, zu führen, ist Aufgabe der Sozialdemokratie. Sie in dieser Aufgabe zu unterstützen, ist Sache aller Arbeitenden durch Aufklärung ihrer Mitmenschen.

Aus der Mitte der Versammlung wurde der Wunsch geäußert, die Geschäftsleute im Bezirk, welche Abonement des Volksfreund sind, zu veröffentlichen, damit unsere Anhänger wissen, bei wem sie ihren Bedarf einbringen. Dem Wunsche kommen wir hiermit nach: Eisenbecker, Friseur, Mollistraße 141; Kaufmann, Del- und Mehlhandlung, Hardtstraße 86; Keller, Jägerhaus, Hardtstraße; Kaff, Friseur, Hardtstraße 86; Lebensbedarfsvereine; Richter, Bruns Berthold, Hardtstraße; Eisenfelder, Maler, Mollistraße 139; Metz, Metzger, Mollistraße 135; Schein, Eisenhandlung, Räderstraße 1; Scherwies, Bäcker, Hardtstraße 86; Trebe, Wärtner, Hardtstraße 33; Keller, Mehlhandlung, Hardtstraße 94.

## Stürme über dem Montblanc

In der Schauburg und im Gloriosa-Palast

Der Film und besonders der Tonfilm an sich bildet und bildet ein sehr untrübenes Thema; was früher abgelehnt wurde, findet heute Anerkennung und Würdigung. Eines der dankbarsten Gebiete des Films jedoch sind die Landschaftsbilder, die Bilder, die die Schönheit, die Größe und Erhabenheit der Gebirgswelt vermitteln. Dies ist auch das ureigenste Gebiet des Filmes, in untrüben und findet allzeit begeisterte und dankbare Aufnahme. Daß dem so ist, muß man sich nur freuen. Der stets gute Besuch solcher Veranstaltungen ist hierin bester Beweis. Die Schauburg und Gloriosa-Palast haben zur Zeit „Die Stürme über dem Montblanc“ auf ihr Programm übernommen und haben bereitwillig „viel Volk“ an. Nachdem schon eine Reihe „Schneeberge“ und „Schneefußkette“ durch die Lichtbildkünstler liefen, durfte man auf diese Bilderreihe gespannt sein. Alle Erwartungen, selbst hochgepannte, werden hier erfüllt. Wenn man Gelegenheiten

# Karlsruhes Bautätigkeit 1930

(Mittezeit vom Städtischen Statistischen Amt)

## Baugenehmigungen

wurden 985 (1929: 1231, 1913: 1042) erteilt, darunter für 210 (326 bzw. 235) Wohngebäude, für 2 (1929: 12) öffentliche Gebäude und für 146 (1929: 273) Bauten, die vorwiegend gewerblichen oder sonstigen wirtschaftlichen Zwecken dienen, ferner für 627 (620 bzw. 693) Umbauten. Unter den 146 „wirtschaftlichen“ Bauten befinden sich 17 Werksstätten, 76 Garagen, 8 Erhallungen und 27 Schuppen. In a u b n a f m e n fanden 433 (644 bzw. 363) statt, darunter von 77 (94 bzw. 95) An-, Auf- und Umbauten, von einem Anfallgebäude und von 195 (401 bzw. 190) neuen Wohngebäuden. In a b a n g kamen 28 (28 bzw. 31) Gebäude, darunter 6 (9 bzw. 3) Wohngebäude.

Von den genehmigten 195 (1929: 401) Wohngebäuden wurden 134 (1929: 112) mit 711 (532) Wohnungen von Privatien 2 Gebäude mit 14 Wohnungen von Behörden und 59 Gebäude (280) mit 244 (721) Wohnungen von gemeinnützigen Bauvereinigungen erteilt. 193 (1929: 394) Wohngebäude mit 953 (1242) Wohnungen sind mit Unterzählung aus öffentlichen Mitteln errichtet. — Für eine Wohnung hatten 31 Wohngebäude, das sind 15,9 Prozent aller Wohngebäude, 1929 waren es 55,4 Prozent, 1928: 37,9 Prozent und 1927: 42,2 Prozent.

Siehebar wurden 1040 Familienwohnungen (1929: 1326, 1913: 788); davon wurden 68 (64 bzw. 61) durch An-, Auf- und Umbauten gewonnen. In Besatz kamen 49 (43 bzw. 61) Wohnungen. Der Reinszuang an Wohnungen betrug somit 991 (1929: 1283, 1913: 677). Von dem Reinszuang des Jahres 1930 entfallen auf die Wohnungen mit 1 Zimmer 19, mit 2 Zimmern 170, mit 3 Zimmern 391, mit 4 Zimmern 167, mit 5 Zimmern 51, mit 7 Zimmern 3. Mit 6 bzw. 8 und mehr Zimmern wurde keine Wohnung erstellt, dagegen kamen drei 6-Zimmerwohnungen in Abgang und eine Wohnung mit 11 Zimmern.

Die Kleinwohnungen (mit 1 bis 3 Zimmern) haben also im Jahre 1930 einen Zuwachs von 74 Wohnungen = 78,1 Prozent des gesamten Reinszuangs aufzuweisen, die mittleren Wohnungen (4 und 5 Zimmer) von 218 = 22 Prozent und die Großwohnungen (6 und mehr Zimmer) einen Abgang von 1 Wohnung. Vergleichsweise sei angeführt, wie sich der Reinszuang an Wohnungen im Jahre 1929 bzw. 1913 auf die 3 Wohnungsklassen verteilt: Kleinwohnungen 1929: 60,5 Prozent (1913: 78,9 Prozent), Mittelwohnungen: 37,1 Prozent (1913: 19,4 Prozent), Großwohnungen: 2,4 Prozent (7,6 Prozent). Ende 1930 war der Gesamtbestand an Familienwohnungen auf 40 999 angewachsen, gegen 31 781 Ende 1913.

Von dem Zuwachs (9218\*) entfallen 94,8 Familienwohnungen auf die Jahre 1914 bis 1918 und 2774 (= 89,76 Prozent) auf die letzten fünf Jahre 1919 bis 1930, und zwar auf die 5 Jahre 1926 bis 1930 3415 = 58,7 Prozent.

Vom Gesamtwohnungsbestand\*) sind also 20,18 Prozent der Bautätigkeit dieser fünf Jahre zu danken, und zwar 13,21 Prozent den letzten 5 Jahren.

Von den nach dem Krieg gewonnenen 8274 Familienwohnungen (jeweils abzüglich Abgang) stammen aus den Baujahren

\*) Ohne Wohnungsbestand Zulass bei der Eingemeindung.

1919	202	Wohnungen	=	2,9	Prozent	
1920	330	„	=	4,1	„	
1921	390	„	=	4,8	„	
1922	509	„	=	6,2	„	
1923	517	„	=	6,3	„	
1924	355	„	=	4,3	„	
1925	538	„	=	6,5	„	
1926	870	„	=	10,6	„	
1927	1214	„	=	14,7	„	
1928	1048	„	=	12,7	„	
1929	1283	„	=	15,5	„	
1930	991	„	=	12,0	„	
zusammen 8274				=	100,0	Prozent

Der Hauptanteil dieser 8274 Wohnungen entfällt auf die Kleinwohnungen (mit 1 bis 3 Zimmern), von denen 5868 (= 71 Prozent) erteilt wurden. Am größten war ihr Anteil in den Jahren 1919 und 1920 (jeweils über 90 Prozent), er ging dann zurück, vor allem zu Gunsten der Mittelwohnungen, auf rund 80 Prozent in den Jahren 1921 bis 1924, jedoch allmählich bis auf 60 Prozent im Jahre 1929 (1930 wieder 78,1 Prozent). Dementsprechend hat sich der Anteil der mittleren Wohnungen (4 und 5 Zimmer) am Reinszuang allmählich erhöht von 30,9 Prozent im Jahre 1925 bis auf 37,1 Prozent im Jahre 1929 und im Jahre 1930 auf 22 Prozent vermindert, während ihr Anteil in den Jahren vor 1925 meist unter 20 Prozent lag. Ingesamt sind seit 1919 2288 Mittelwohnungen (= 27,65 Prozent) des Gesamtwohnungszuwachs hergestellt worden (abzüglich Abgänge). Der Reinszuang an Großwohnungen (über 5 Zimmer) betrug seit 1919 nur 118 = 1,43 Prozent; die meisten von ihnen wurden in den Jahren 1925 (21), 1928 (20) und 1929 (31) fertig-

## Der Wohnungsbestand

zum 31. Dezember 1918 hat sich durch die Bautätigkeit um 25,3 Prozent vermehrt und zwar die Kleinwohnungen um 25,8 Prozent, die Mittelwohnungen um 31,3 Prozent und die Großwohnungen um 4,4 Prozent. Infolgedessen betrug (unter Berücksichtigung des am 1. April 1929 eingemeindeten Forstis Sulach) am 31. Dezember 1930 der Anteil der Kleinwohnungen 70 Prozent vom Gesamtwohnungsbestand, der Mittelwohnungen 23,3 Prozent und der Großwohnungen 6,7 Prozent.

Für je 1000 Einwohner waren Wohnungen vorhanden Ende 1910: 224,5, 1911: 225,9, 1912: 224,5, 1913: 221,9, aber 1926: 244,7, 1927: 249,8, 1928: 254,1, 1929: 260,1, und 1930: 265,2. Bezogen auf die Einwohnerzahl hat also die Zahl der vorhandenen Familienwohnungen gegenüber der Vorkriegszeit zugenommen. Wenn trotzdem Wohnungen fehlen, so kommt das daher, daß der Maßstab für den Bedarf an Wohnungen nicht die Einwohnerzahl, sondern die Zahl der Haushaltungen ist, da eben nur die in Haushaltungen gruppierten Einwohner die Wohnungen anfordern. Wenn man nun diesen Maßstab heranzieht, so kommt das daher, daß der Bedarf für den Jahre 1905 232, 1910 237, 1919 250, 1925 264, 1926 265, 1927 271, 1928 275, 1929 278, also von Jahr zu Jahr immer mehr Haushaltungen (vor allem, weil die Haushaltungen kleiner werden), so wird berechtigt, warum das Wohnungsangebot fast unrelativ größer sein muß als vor dem Kriege.

Für je 100 Haushaltungen waren vorhanden Familienwohnungen Ende 1910 109,8, 1919 96,7, 1925 91,8, 1926 92,3, 1927 93,2, 1928 93,7, 1929 94,7, 1930 95,1.

## Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

**Generalversammlung**  
Mittwoch, den 25. Februar, abends 8 Uhr, im „Friedrichshof“  
Generalversammlung.  
Vorläufige Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht, 2. Bericht der Projektion, 3. Beratung eingegangener Entwürfe, 4. Neuwahl des Vorstandes, 5. Sonstige Vorfälle.  
Die Parteigenossen und -Genossinnen werden um recht zure Zeitnahme an der Generalversammlung gebeten.

**Erweiterte Vorstandssitzung (Bezirksführer)**  
Dienstag abends 8 Uhr im Volkshaus erweiterte Parteiführung.  
Tagesordnung: Stellungnahme zur Generalversammlung am Mittwoch.

**Sozialdemokratische Frauenaktion Oststadt**  
Am Dienstag abends halb 8 Uhr findet in der Karl-Wilhelm-Schule ein Frauenaktionssaband statt über „Die Stellung der Frau in der Sozialistischen Bewegung“. Gen. St. wird sprechen. Genossinnen, Volkstreuer und deren Töchter sind herzlich eingeladen.

**Frauenaktion Viertelheim-Bulach**  
Heute, Dienstag, 24. Februar, abends 8 Uhr, im Handarbeitsaal der Viertelheim-Schule beiabend. Gen. St. wird sprechen über das Thema: „Sozialistische Frauenarbeit am proletarischen Rinde eine geschichtliche Aufgabe“. Wir bitten die Genossinnen und ihre erwachsenen Töchter, sich zu diesem Vortrag einzufinden.

**Bezirk Nippur**  
Unsere nächste Bildungsvorstellung wird ein Schubertabend sein, der bei uns am Samstag, 23. Februar, 20 Uhr, im Rindesberggarten stattfindet. Nach einem einleitenden kurzen Vortrag über Schubert werden Fräulein Johanna und Betty Maier am Klavier spielen. Fräulein Hilde Weichmann singt Schubert-Lieder von Lützow, Gen. St. wird sprechen über die Bedeutung der Schubert-Literatur. Die Veranstaltung ist also recht vielseitig und wird jedem etwas bieten. Eintritt wird auch nicht erhoben, aber das eine verlangen wir, daß Parteimitglieder und Volkstreuer sich mit Angehörigen zahlreich erscheinen.

**Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe**  
Todesfälle und Beerdigungen. 21. Februar: Luise Burk, 73 Jahre, Witwe von Wilhelm Burk, Lediger, Beerdigung in Viertelheim am 24. Februar, 16.30 Uhr. Heinrich Hettel, Chemann, Lediger, bahnstationer, alt 33 Jahre (Wittwe), Karoline (Wittwe), alt 4 Jahre, Ehefrau von Albert Hettel, Zigarrenfabrikant (Wittwe), alt 45 Jahre, Beerdigung am 23. Februar, 12 Uhr. Josef Hämmerle, Witwer, Gostwitz, alt 65 Jahre, Beerdigung am 24. Februar, 14.30 Uhr. — 22. Februar: Luise Neu, alt 66 Jahre, Witwe von Albert Neu, Privatmann, Feuerbestattung am 26. Februar, 14 Uhr. Wilhelm Neu, Privatmann, Konfirmant, alt 73 Jahre, Feuerbestattung am 26. Februar, 11 Uhr. Karl Merk, Chemann, Konfirmant, alt 58 Jahre (Wittwe), alt 67 Jahre (Wittwe), Irma, alt 2 Monate, Vater Wilhelm Merk, Gärtner, Beerdigung am 26. Februar, 14 Uhr.

hätte, vom Genie See oder von anderer Seite aus das ganze Montblancplateau zu bewundern, wird man begreifen, daß dieses Bild Bergwelt zur Beerdigung für den Film reizte. Was nun der durch seine früheren Filme bekannte Regisseur Arnold Fanck mit einem großen Stab von Mitarbeitern, unter denen die besten bekannt sind, Kisten, Senz, Kist, sowie die besten und bekanntesten Schiathleten aus der Schweiz und Tirol vertreten sind, schuf, reizt zu wahrer Begeisterung hin. Die Arbeit vieler Monate in über 4000 Meter Höhe und unter größten Strapazen und Anstrengungen rollt vor dem Zuschauer vorüber. Einmal sind es die geradesu idealen Schneefelder, die den Schiathleten das Herschne-



ler schneen lassen, ein andermal die spannenden Kletterpartien. Die in hellen Mondschneefächern aus den Rissen zum Himmel strebenden Bergspitzen und Grate bieten Bilder von erhabener Ruhe und Schönheit. Ein Kapitel für sich sind die mit kräftigem Getöse zu Tal rasenden Laminen, Schauer überkommt aber den Zuschauer bei den mit unheimlicher Gewalt dahinbrausenden Stürmen und Gewittern.

Die tollkühnen Abenteurer des bekannten Fliegers Udet geben dem ganzen Werke ein besonderes Gepräge. Wie dieser geniale Flieger mitten in den heftigsten Stürmen sein Flugzeug in die Höhe treibt und immer wieder eine Landung versucht, läßt uns zweifeln den Atem anhalten. Acht Mal soll Udet während der Arbeiten zu diesem Film in jenen Regionen gelandet haben. Alles in allem ein Bildstreifen, den jeder Freund eines guten Filmes sich ansehen kann, nein, ansehen sollte.

**Der Tierkühnverein Karlsruhe** bittet alle Hunde- und Katzenbesitzer, keine Quattiere aufzugeben, für die man nicht schon im voraus einen guten Platz weiß. Am besten werden überzählige Tiere sofort nach der Geburt getötet. Vergebt keine Tiere an Unbekannte. Nehmt Euch Herrenlofer oder schlecht untergebrachter Tiere an.







